



## Presseschau vom 26.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **RKI-Leiter Wieler zu Impfeffektivität: "Sie schützt nicht sehr gut, das sehen wir ja"**

Der Leiter des Robert Koch-Instituts ist unzufrieden mit dem Schutz durch die aktuellen Impfstoffe. Gleichzeitig sinkt die Quote täglich verabreichter Impfungen in Deutschland kontinuierlich. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hält Ungeimpfte für todgeweiht. ...

<https://kurz.rt.com/2vw9> bzw. [hier](#)

*Anton Gentzen:* **Kein Platz für andere Meinungen: Wochenzeitung "Freitag" kündigt Moskau-Korrespondenten**

Die Wochenzeitung "Freitag" hat ihren langjährigen Autoren und freien Moskau-Korrespondenten Ulrich Heyden rausgeworfen. Grund sei dessen "Positionierung im Ukraine-Krieg". In einer am Freitag veröffentlichten Antwort darauf fragt sich Heyden, welche "Positionierung" ihm unterstellt wird. ...

<https://kurz.rt.com/2vwg> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **Gefahr einer False-Flag-Aktion als angeblicher russischer Angriff mit Chemiewaffen wächst**

Die Welt steht heute vor der großen Gefahr einer Provokation, die schlussendlich doch noch dazu führen könnte, dass NATO-Truppen in der Ukraine am Krieg teilnehmen. Im Westen wird immer öfter über angeblich gegen die Zivilbevölkerung gerichtetes russisches Vorgehen orakelt, was unweigerlich einen Vorwand für ein militärisches Eingreifen der NATO schaffen soll. ...

<https://kurz.rt.com/2vwf> bzw. [hier](#)

*Robert Bridge:* **Die Russophobie begann nicht mit der Ukraine. Sie braute sich im Westen schon lange zusammen ...**

... und erreichte lediglich das aktuelle Ausmaß an Hysterie, als Moskau seine Offensive gegen Kiew startete. Es offenbart sich ein tief sitzender Rassismus gegenüber dem russischen Volk – kultiviert von Hollywood und zahlreichen westlichen Institutionen. ...

<https://kurz.rt.com/2vuc> bzw. [hier](#)

**Nachtrag vom 24.3.:**

**Dnr-live.ru: Südliche Regionen der Ukraine steigen auf den russischen Rubel um**

In den südlichen Regionen der Ukraine, die von den russischen Streitkräften kontrolliert werden, sind die Menschen dazu übergegangen, mit dem Rubel zu bezahlen und haben die Griwna aufgegeben. Dies teilte der stellvertretende Premierminister der Republik Krim, Georgij Muradow, mit.

Es handelt sich um die Oblast Cherson und um Orte der Oblast Saporozje in der Nähe des Asowschen Meeres, darunter Melitopol. "Die Menschen haben ihr Selbstvertrauen zurückgewonnen und fühlen sich wieder zu Hause im historischen Russland", betonte Muradow.



<https://dnr-live.ru/wp-content/uploads/2022/03/rubl-960x540.jpg>

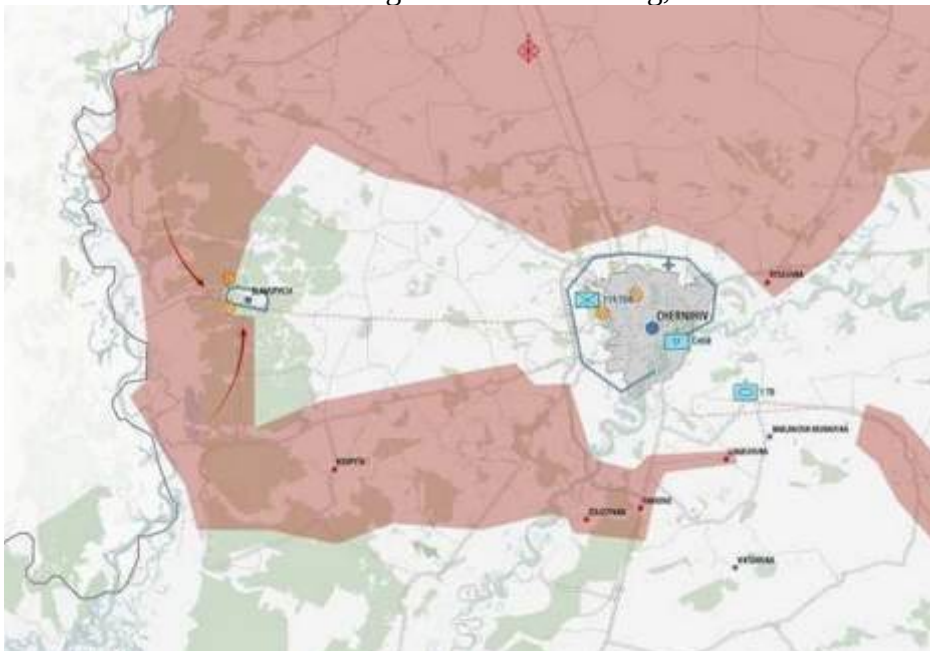
**abends/nachts:**

19:23 (17:23) rusvesna.su: **Slawutitsch ist von der russischen Armee umzingelt, Kontrollpunkte und Stellungen der Streitkräfte der Ukraine werden zerstört**

Die Verwaltung der Region Kiew bestätigt, dass die Stadt Slawutitsch in der Nähe von Tschernobyl von russischen Truppen "völlig isoliert" ist.

Russische Truppen befinden sich 1,5 km von der Stadt entfernt, sagte der Leiter der regionalen Militärverwaltung in Kiew, Alexander Pawljuk.

Die lokalen Behörden untersagten der Bevölkerung, sich auf den Straßen zu bewegen.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/kan1.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/kan1.jpg)

20:53 (18:54) sputnik.by: **Das Drehbuch für die „Weißhelme“ in der Ukraine ist fertig**  
*Irina Alksnis*

US-Präsident Joe Biden sagte, die Vereinigten Staaten würden sich „revanchieren“, wenn Russland Chemiewaffen in der Ukraine einsetze.

Aus irgendeinem Grund sind chemische Waffen das beliebteste Propaganda-Geschrei des

Westens geworden. Vielleicht liegt der Punkt in dem unbewussten Schrecken, den die Menschen davor, ähnlich Atomwaffen, verspüren, aber gleichzeitig in der einfachen Weisheit, dass chemische Waffen viel einfacher zu beschaffen, herzustellen und einzusetzen sind. Wie dem auch sei, gerade die Einsatzbereitschaft oder gar der Einsatz von Chemiewaffen ist einer der beliebtesten Vorwürfe des Westens gegenüber seinen geopolitischen Gegnern und schlichtweg anstößigen Staaten.

Darüber hinaus wurden für diesen Fall bereits spezielle Politik- und PR-Mechanismen, Strukturen und Algorithmen geschaffen. Die Welt hatte in den letzten zehn Jahren immer wieder die Gelegenheit, deren Arbeit im Detail zu beobachten – und sogar auf die Vorder- oder die Rückseite ihrer Aktivitäten zu blicken – jeder wählt für sich selbst.

Zweifellos spielten die „Weißhelme“, eine in der ersten Hälfte der 2010er Jahre in Syrien gegründete pseudohumanitäre Organisation, die in Gebieten operiert, die nicht von der syrischen Regierung kontrolliert werden und die großzügig mit Hilfe westlicher und nahöstlicher Zuschüsse finanziert wurden, die wichtigste Rolle diese Prozesse – und wird sie sehr wahrscheinlich weiterhin spielen.

Offiziell engagieren sich die "Weißhelme" in der medizinischen Versorgung und Rettung von Zivilisten, die im Zuge von Kampfhandlungen verletzt wurden. Aber im Wesentlichen sind sie zu einem der Hauptinstrumente der westlichen Propaganda geworden, um die „Despotie von Assad“ anzuprangern. Sie belieferten die Weltmedien kontinuierlich mit Videos über "Damaskus' Kriegsverbrechen gegen das eigene Volk".

Dem politischen und medialen Mainstream im Westen war es natürlich egal, dass sich die Videos wiederholt als offenkundig inszeniert herausstellten (einschließlich des Make-ups der "Opfer" und der Bezahlung der Teilnehmer), und die Helme bauten buchstäblich eine Pipeline zur Herstellung von Inhalten auf, mit Unterstützung und aktiver Hilfe der schlimmsten Islamisten, in deren Gebiet sie arbeiteten.

Die Sternstunde der „Weißhelme“ ereignete sich nach dem Beginn der russischen Militäroperation in Syrien und wird genau mit dem angeblichen Einsatz von Chemiewaffen in Verbindung gebracht. Darüber hinaus zeigten die "Freiwilligen" eine erstaunliche Synchronizität mit den Aussagen des Westens. Als die Staaten und Europa erneut die hohe Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Chemiewaffen durch die syrische Armee thematisierten, soll es bald zu einem entsprechenden Vorfall gekommen sein, den die Weißhelme per Video bewiesen hätten.

Am deutlichsten zeigte sich dies im Fall des Chemieangriffs in der Stadt Douma bei Damaskus im April 2018. Der Vorfall wurde von den Weißhelmen innen und außen fabriziert. Russland hat dafür der Weltgemeinschaft einen erschöpfenden Beweis geliefert. Unter anderem organisierte sie ein Briefing in der OPCW-Zentrale in Den Haag, bei dem 17 Teilnehmer des Videos darüber sprachen, wie es gedreht wurde.

Der Westen fand dann den „idealen“ Weg, auf die Enthüllung zu reagieren – er ignorierte ihn. Ihre Vertreter kamen einfach nicht zu der von Russland organisierten Veranstaltung in Den Haag. Nun, westliche Politiker und Medien arbeiteten weiter in die eingeschlagene Richtung. Eine ähnliche Geschichte war der Vorfall in Khan Sheikhoun (Idlib) ein Jahr zuvor, im April 2017. Das russische Verteidigungsministerium untersuchte gründlich, was passiert war, und beschuldigte die „Weißhelme“ direkt der Provokation, wurde aber auch nicht gehört.

Und natürlich hatte all dies keine Auswirkungen auf die „Strafe“, die der Westen Syrien für das begangene „Verbrechen“ auferlegte. Der „Vorfall“ in Khan Sheikhoun war der „Grund“ für den Raketenangriff auf den syrischen Luftwaffenstützpunkt Ash Shayrat am 7. April 2017. Und die Ereignisse in Douma wurden in der Nacht vom 13. auf den 14. April 2018 von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich für Angriffe auf das Forschungszentrum in Damaskus sowie eine Reihe militärischer und ziviler Einrichtungen des Landes als Vorwand genutzt.

Angeichts der Gewohnheit des Westens, die geschaffenen politisch-medialen-militärischen

Algorithmen immer wieder anzuwenden, gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass die Ereignisse dieses Mal – in der Ukraine – einem anderen Szenario folgen werden. Mit seiner Aussage über die Bereitschaft der USA zu intervenieren, falls Russland Chemiewaffen einsetzt, hat Biden tatsächlich eine Waffe an die Wand gehängt - diejenige, die irgendwann losgehen soll.

Die Frage ist, wer diesmal die Rolle des „Weißhelme“ spielen wird – wird es ein Journalist oder ein „unabhängiger“ Freiwilliger oder eine ganze humanitäre Organisation sein, die gut von westlichen Zuschüssen lebt. Und vielleicht wird ein Trick angewandt - und in der Ukraine taucht ein lokaler Zweig der "Weißhelme" auf, dem Kollegen aus dem Nahen Osten zu Hilfe kommen, die sich in dieser Art von Geschäften auskennen. In der Tat, warum sollte die Marke verschwendet werden?

Stimmt, es gibt ein kleines Problem. Der Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten, hat wirklich gelernt, die Bilder, die er braucht, in dem globalen Informationsraum, der vollständig unter seiner Kontrolle steht, meisterhaft zu platzieren. Aber genau solche Bilder haben wenig oder besser gesagt keinen Einfluss auf die Realität - zumindest in den letzten Jahren.

Der Westen hat wiederholt mit Chemiewaffen provoziert. Aber hat es den Verlauf der Ereignisse in Syrien minimal oder signifikant verändert? Hat es ihm geholfen, Baschar al-Assad zu stürzen oder Russland gezwungen, sein Militärkontingent abzuziehen?

Nein, in Syrien haben die Vereinigten Staaten zusammen mit Europa eine geopolitische Niederlage erlitten, die sich zunehmend auf die gesamte Region des Nahen Ostens ausbreitet, wo der Westen seine Positionen und seinen Einfluss rapide verliert.

Dass der US-Präsident das ohnehin schon völlig abgedroschene Thema Chemiewaffen in Bezug auf die Ukraine aufgreift, wirkt eher wie eine Geste der Verzweiflung – ein Versuch, auf einen altbekannten Knopf zu drücken, der seine Funktion längst verloren hat – in der Hoffnung, dass es diesmal klappen und doch noch funktionieren würde.



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/05/1061081102\\_0:0:3273:1842\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_2a8478f1f326d13b891b3f16905c212d.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/05/1061081102_0:0:3273:1842_1920x0_80_0_0_2a8478f1f326d13b891b3f16905c212d.jpg)

21:34 (19:34) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Streitkräfte der Ukraine haben Phosphorbomben auf den Kiewer Bezirk Donezk abgefeuert**

Ein [Video](#) wurde im Web veröffentlicht, worin man sehen kann, wie eine Phosphorwolke über der Stadt aufsteigt.

"Im Moment wird der Kiewer Bezirk mit Phosphorgranaten der Streitkräfte der Ukraine

beschossen! ...", schrieb Daniil Bessonow, Erster stellvertretender Informationsminister der DVR, in seinem Telegram-Kanal.

Makejewka und Jasinowataja gerieten Augenzeugen zufolge ebenfalls unter Beschuss.

...

Zuvor sagte das Oberhaupt von Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, dass ukrainische Nationalisten Munition mit weißem Phosphor verwendeten, die durch internationale Abkommen im Bereich der besiedelten Gebiete verboten sei.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/o-HC4rTevHl0VVl3tv\\_VJxaOnEKM3LTmlx8tiN8Mb-5-cYQlgnFULIq0UzIF7tzepJLQnel3-Q4sycCyEScACcz2MHP-GnydTZOzReBQhh5w4feNDADKUYdJttwEdgCP4678XM5FrW0tx9cvICbDNxey60gWXMs0Uh\\_ufMHRlRhPAMvNXH9VV3zg2oJ8OVQUox9cmfyOZ45Udp210tluIwS-6830VrR3rm1KLE6H92U5ZxXWrRxxG6ky369GE06ezu9xK2ojX9FkrhKDhaPKX25RL3lDILpOHylLzzLrItX4V4V\\_qIVHmwNnsP6LIE\\_TjUOgviHmbMQUQlUkOOIPKw.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/o-HC4rTevHl0VVl3tv_VJxaOnEKM3LTmlx8tiN8Mb-5-cYQlgnFULIq0UzIF7tzepJLQnel3-Q4sycCyEScACcz2MHP-GnydTZOzReBQhh5w4feNDADKUYdJttwEdgCP4678XM5FrW0tx9cvICbDNxey60gWXMs0Uh_ufMHRlRhPAMvNXH9VV3zg2oJ8OVQUox9cmfyOZ45Udp210tluIwS-6830VrR3rm1KLE6H92U5ZxXWrRxxG6ky369GE06ezu9xK2ojX9FkrhKDhaPKX25RL3lDILpOHylLzzLrItX4V4V_qIVHmwNnsP6LIE_TjUOgviHmbMQUQlUkOOIPKw.jpg)

20:34 (19:34) urkrinform.de: **Außenminister bestreitet Erdogans Erklärung zum Konsens mit Russland in vier Punkten**

Es gebe keinen Konsens mit Russland über vier Verhandlungspunkte, den der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erwähnt habe.

Dies geht aus einer Erklärung des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba hervor, die auf der Seite des Ministeriums veröffentlicht wurde.

„Der Verhandlungsprozess verläuft äußerst kompliziert. Die ukrainische Delegation hat eine starke Position eingenommen. Sie wird in ihren Forderungen nicht nachgeben. Wir beharren auf Waffenstillstand, Sicherheitsgarantien und die territoriale Integrität der Ukraine“, ergänzte

der Minister.

Die einzige Staatssprache in der Ukraine sei Ukrainisch und werde es bleiben, betonte Kuleba.

Der Chefdiplomat wies ferner darauf hin, dass die „Einteilung der Schlüsselthemen in vier oder mehr Punkte inkorrekt sei“, da mehrere Untergruppen der Delegationen gleichzeitig viele verschiedene Themen diskutierten.

Er machte deutlich, dass die Ukraine den Dialog mit der Türkei und allen anderen Interessenträgern fortsetzen werde, um den Frieden auf ukrainischem Boden wiederherzustellen. Er drückte die Hoffnung aus, dass die Türkei als Freund und strategischer Partner auch weiterhin in allen Bereichen (die Ukraine – Red.) unterstützen werde.

Der ukrainische Außenminister betonte auch, dass die Ukraine der türkischen Seite und dem Präsidenten Erdogan aufrichtig dankbar sei für die politische und humanitäre Hilfe sowie für diplomatische Bemühungen, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden.

Zuvor hatte Erdogan erklärt, dass die Ukraine mit vier von sechs Forderungen der Russischen Föderation einverstanden sei. Es gehe insbesondere um Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft und darum, Russisch als zweite Staatssprache anzuerkennen.



[https://static.ukrinform.com/photos/2022\\_02/thumb\\_files/630\\_360\\_1645122445-722.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2022_02/thumb_files/630_360_1645122445-722.jpg)

7:20 (5:20) novorosinform.org: **Biden erlaubte die Entsendung von US-Truppen in die Ukraine**

Bald könnten US-Soldaten die Situation dort mit eigenen Augen sehen, sagte der Chef des Weißen Hauses.

Diese unerwartete Passage war während des Besuchs von Joe Biden in der polnischen Stadt Rzeszów zu hören, wo er sich mit den dort stationierten amerikanischen Fallschirmjägern der 82. Luftlandedivision traf.

Gleichzeitig haben die Vereinigten Staaten und die NATO wiederholt erklärt, dass sie keine Entsendung von Truppen in die Ukraine planen. Die scharfe Änderung der Rhetorik in dieser Hinsicht führte fast zu einem Skandal, sodass sich die Beamten des Weißen Hauses rechtfertigen und die Worte ihres Präsidenten widerlegen mussten.

„Der Präsident hat deutlich gemacht, dass wir keine US-Truppen in die Ukraine schicken werden, unsere Position hat sich nicht geändert“, sagten sie.

Erinnern Sie sich daran, dass Biden neulich nach dem Gipfel der NATO-Führer in Brüssel die Entsendung des Militärkontingents der Allianz in die Ukraine für den Fall für denkbar hielt, dass Russland chemische Waffen einsetze. Eine ähnliche These wurde auch von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg geäußert.



[https://novorosinform.org/content/images/18/79/41879\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/18/79/41879_720x405.jpg)

**vormittags:**

6:30 de.rt.com: **Moskau weist Gerüchte über im Ausland gefangene Goldreserven zurück**

Die von Washington geführten Sanktionen gegen Russland eskalieren angesichts der Sonderoperation des russischen Militärs in der Ukraine weiter. Derweil sind Gerüchte aufgekommen, dass ein Teil des russischen Goldes im Ausland gefangen sein könnte. Die russische Zentralbank hat deutlich gemacht, dass die Reserven des Landes sicher sind. Die russische Zentralbank hat am Freitag Medienspekulationen zurückgewiesen, wonach Goldreserven außer Landes gebracht und im Ausland gelagert worden seien. Westliche Medien berichteten über dieses Gerücht, nachdem die Behörden der USA und der EU mögliche Sanktionen gegen russisches Gold angedeutet hatten. Die russische Aufsichtsbehörde erklärte auf ihrer Website:

"Das gesamte Gold aus unseren Gold- und Devisenreserven befindet sich in den Tresoren der Bank von Russland auf dem Territorium unseres Landes."

Die Zentralbank erklärte, dass Gold- und Devisenreserven ein Instrument seien, mit dem die Regulierungsbehörde die Wirtschaft des Landes vor externen Bedrohungen schützen könne. Insbesondere könnten sie als Geldquelle dienen, um die Kosten von Devisenschulden zu decken, den Devisenmarkt zu stabilisieren und dabei zu helfen, wichtige Importe zu bezahlen. Anfang März froren die USA und ihre Verbündeten im Rahmen der Sanktionen gegen Moskaus Militäroperation in der Ukraine etwa die Hälfte der russischen Reserven im Wert von 300 Milliarden US-Dollar ein. Der Rest der Reserven des Landes, zu denen auch physisches Gold gehört, ist laut der Bank von Russland jedoch sicher.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ddaeab480cc50276c91c0.jpg>

wpered.su: **Dmitrij Nowikow über die Entnazifizierung der Ukraine**

Am 23. März nahm der stellvertretende Vorsitzende der ZK der KPRF D.G. Nowikow an der Sendung „Wremja pokaschet“ teil. Bei der Diskussion wurde die Frage der abstoßendsten Formen der nationalistischen Propaganda in der Ukraine aufgeworfen, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Wie Dmitrij Nowikow sagte, wird nach der Lösung der Aufgabe der Demilitarisierung dieses Landes die schwierigere Aufgabe der Entnazifizierung anstehen, dann wird es „sehr wichtig sein, viele Dinge nicht zu vergessen“. Und er erläuterte: „Es gibt solche im Westen, die sich zu den Antifaschisten und Antinazisten zählen, die zustimmen, dass es im Donbass einen Konflikt und irgendwelche Nazis gibt, aber dennoch versuchen, alles zu überdecken. Die Aussagen über den von den Nazis durchgeführten Genozid halten sie für übertrieben.“

Als Beispiel dafür, was nicht vergessen werden darf, nannte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF die Aussagen des Ex-Präsidenten der Ukraine Poroschenko. Dieser versprach 2014 den Donbass zu ersticken und erklärte, dass die ukrainischen Kinder in die Schule gehen würden, aber „ihre [das heißt die Donezker] Kinder werden in den Kellern sitzen“. Nach den Worten Nowikows hat dieser Satz einen besonderen Sinn, denn er wurde nicht von einem einfachen hinverbrannten Nationalisten geäußert, sondern von einem Menschen mit den Vollmachten des Präsidenten: „Und was bedeutet es für die ganze Struktur der Staatsmacht, wenn der Präsident so etwas sagt? Das bedeutet eine Botschaft, der gefolgt werden muss. Im Grunde ist das eine öffentliche Anweisung. Nur, wie genau sollen die Kinder in den Kellern landen? Werden sie etwa aus gutem Willen dorthin gehen? Oder werden sie gewaltsam dorthin getrieben? ... Diese Fakten werden uns noch sehr nützlich sein, um, wie ich hoffe, einen tiefgehenden konsequenten und nicht nur oberflächlichen Prozess der Entnazifizierung zu realisieren.“

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine rief Dmitrij Nowikow dazu auf, nicht die Probleme Russlands zu vergessen, die gelöst werden müssen. Er erinnerte daran, dass viele russische Familien – am häufigsten nicht die reichen – Flüchtlinge aus dem Donbass und der Ukraine bei sich aufgenommen haben. Und sei ist sehr wichtig, unterstrich er, eine Wirtschaftspolitik im Interesse all dieser Menschen zu betreiben.

7:00 de.rt.com: **Großbritannien verhängt weitere Sanktionen gegen Personen und Unternehmen in Russland**

Die britische Regierung hat weitere 65 Einzelpersonen und Unternehmen in Russland wegen des Ukraine-Krieges mit Sanktionen belegt. In einem Update des britischen Verteidigungsministeriums, das in der Nacht zum Samstag [veröffentlicht](#) wurde, hieß es, dass auf der Sanktionsliste nun auch das Rüstungsunternehmen Kronstadt als Produzent der bewaffneten Orion-Drohne und anderer unbemannter Luftfahrzeuge stehe.

Ferner hieß es in der Mitteilung, Russland sei höchstwahrscheinlich gezwungen worden, mehr unbemannte Luftfahrzeuge einzusetzen, da die solide ukrainische Luftabwehr bemannte Flüge jenseits der Frontlinie wohl eingeschränkt habe. Dies führe vermutlich zu einer größeren Nachfrage nach Drohnen sowie deren raschem Verschleiß. Die neu beschlossenen Sanktionen würden der russischen Rüstungsindustrie schaden und ihre Fähigkeit einschränken, solche Systeme zu ersetzen.

9:40 (7:40) novorosinform.org: **In den befreiten Regionen der Ukraine werden neue Verwaltungen geschaffen und das russische Fernsehen gestartet – Muradow**

In den Regionen Cherson und Saporoschje werden militärisch-zivile Verwaltungen gebildet und die Ausstrahlung russischer Kanäle eingerichtet, sagte der stellvertretende Ministerpräsident der Krim.

Georgi Muradow berichtete dies in einem Kommentar für [RIA Novosti](#).

„Die Bildung neuer militärisch-ziviler Verwaltungen ist dort bereits im Gange, der Prozess der Ausstrahlung russischer Fernseh- und Radiosendungen wurde eingeleitet, die Menschen verwenden zunehmend russische Rubel als Zahlungsmittel“, heißt es in dem Bericht. Dem ist hinzuzufügen, dass die Entscheidung, militärisch-zivile Verwaltungen in den befreiten Gebieten zu schaffen, vor kurzem von den russischen Behörden getroffen wurde und viele Experten glücklich gemacht hat.

Zum Beispiel glaubt der Politiker Oleg Zarew der sich derzeit in Ukraine mitten im Geschehen befindet, dass die Schaffung er Verwaltungen die Wiederherstellung der Ordnung in den befreiten Gebieten, die Wiederherstellung der Aktivitäten der Sozial- und Strafverfolgungsdienste und die Wiederaufnahme der Wirtschafts- und Verwaltungstätigkeit in den ukrainischen Siedlungen und Städte ermöglichen werde.

In naher Zukunft sollen zudem zwischen der Krim und dem befreiten Südosten der Ukraine Eisenbahn- und Straßenverbindungen hergestellt werden.



[https://novorosinform.org/content/images/18/84/41884\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/18/84/41884_720x405.jpg)

#### 7:45 de.rt.com: **Erdoğan sieht in NATO "Eckpfeiler der europäischen Sicherheit"**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan laviert gerne zwischen den Großmächten, um für seine Herrschaft den maximal möglichen Vorteil zu erzielen. Der Ukraine-Konflikt ist für ihn eine Möglichkeit, die zerrütteten Beziehungen zu den westlichen Staaten zu verbessern. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat nach seiner Rückkehr von einer außerordentlichen NATO-Konferenz die Bedeutung des Militärbündnisses aus Sicht der Türkei dargestellt, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Er erklärte:

"Die NATO ist der Eckpfeiler der europäischen Sicherheit. Das haben wir sehr deutlich gesehen. Die Türkei ist ein unverzichtbarer Verbündeter für die Gewährleistung der regionalen Sicherheit."

Ankara werde weiterhin eine wichtige Rolle bei der Formierung der Zukunft der NATO durch solche Konferenzen spielen, so das türkische Staatsoberhaupt.

Erdoğan verwies zudem auf die Versuche der Türkei, zwischen der Ukraine und Russland zu vermitteln:

"Die Türkei hat von Anfang an große Anstrengungen unternommen, um den anhaltenden Krieg in der Ukraine zu beenden."

Der türkische Präsident erklärte, dass der NATO-Gipfel in jeder Hinsicht erfolgreich gewesen sei. Die Türkei begrüße die Entscheidung des Militärbündnisses, die Amtszeit des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Auf dem Gipfel wurde unter anderem der Krieg in der Ukraine sowie die langfristige Haltung der NATO zu Osteuropa besprochen.

Das türkische Staatsoberhaupt erklärte, sich über das Wochenende sowohl mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij als auch mit dem russischen Präsidenten

Wladimir Putin besprechen zu wollen.

Zudem drückte Erdoğan seine Hoffnung aus, dass die Türkei von den wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges profitieren könnte:

"Inmitten des Krieges verlassen viele große Unternehmen Russland. Die Türen der Türkei sind weit geöffnet."

Erdoğan widersprach Sorgen über eine mögliche Knappheit von Lebensmitteln:

"Wir ergreifen alle möglichen Maßnahmen für die Ernährungssicherheit. Während des heiligen Monats Ramadan wird es keine Probleme beim Zugang zu Lebensmitteln geben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623df47eb480cc4fd267e4ab.jpg>

#### 8:38 de.rt.com: **NATO-Angriff auf Jugoslawien: "Statt triumphierendem Gerede etwas mehr Scham"**

In Serbien wurde an den Beginn der NATO-Luftangriffe 1999 auf die damalige Bundesrepublik Jugoslawien erinnert. Obwohl 23 Jahre seitdem vergangen sind, stellt sich die Mehrheit der Bürger im Land weiterhin klar gegen einen Beitritt zur transatlantischen NATO-Allianz. Auch Montenegro ist derweil diesem Bündnis beigetreten.

Am 24. März 1999 begann die NATO einen Luftkrieg gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien. 78 Tage lang dauerten die Bombardierungen, Hunderte von Bewohnern wurden getötet. Serbien wolle nur, so sagte am Gedenktag zum Beginn der NATO-Aggression der serbische Staatschef Aleksandar Vučić, dass die Opfer von 1999 in Erinnerung bleiben und die Verbrechen von damals nicht in Vergessenheit geraten. Von all jenen, die damals die Bombardierungen unterstützt hatten, forderte Vučić "mehr Scham anstatt triumphierendem Gerede". So sagte er:

"Sie können uns nicht überzeugen, ich habe einige von ihnen heute gesehen, wie sie triumphierend über ihre Erfolge von 1999 gesprochen haben. Meine Botschaft an sie ist, dass es besser wäre, zu schweigen. Ich spreche von den Ausländern, die an dieser schrecklichen Aggression gegen unser Land beteiligt waren. Sie sollen sich ein wenig schämen und einen Ort finden, an dem sie zu Gott für all die wunderbaren Menschen und zahlreichen Kinder beten können, die sie hier getötet haben."

Später darauf angesprochen, wen er denn konkret gemeint habe, verwies Vučić auf Äußerungen des ehemaligen Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte im Kosovokrieg Wesley Clark. Er hatte zuvor in einer Videokonferenzschaltung zu Abgeordneten des Kosovo-Parlaments den NATO-Angriff auf Jugoslawien als "die richtige Sache für das Volk des Kosovo" bezeichnet. Es sei ihm eine Ehre gewesen, dass er damals der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte gewesen war und die Möglichkeit hatte, "ethnische Säuberungen" zu stoppen. Die NATO-Intervention habe die Geschichte des Kosovo und ganz Europas verändert, so Clark.

Nach den 78 Tagen und dem ausgehandelten Waffenstillstand hatten sich die serbischen Truppen aus dem Kosovo zurückgezogen. Unter dem Feigenblatt einer UN-Friedensmission marschierten dann NATO-Soldaten in die Provinz ein. Nach dem Luftkrieg 1999 hatten rund 200.000 Serben aus Angst vor dem Terror der albanischen Kräfte die Provinz verlassen. Vor allem die USA hatten während des Krieges zwischen 1998 und 1999, der den NATO-Luftangriffen vorausgegangen war, die sogenannte "Kosovo-Befreiungsarmee" (UÇK) unterstützt, die den Kampf für eine Abspaltung Kosovos von Serbien geführt hatte. Kosovo erklärte sich 2008 einseitig – und unterstützt durch zahlreiche westliche Länder – für unabhängig. Serbien jedoch erkennt das bis heute nicht an.

Im Gegensatz zu zahlreichen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die mittlerweile bereits Mitglieder der NATO geworden sind, hat Serbien keine Pläne, diesem "transatlantischen" Bündnis beizutreten. Auch fehlt jegliche Unterstützung für einen solchen Schritt in der Bevölkerung Serbiens. Nach 23 Jahren seit der Bombardierung ist die Zustimmung für eine derartige Mitgliedschaft jetzt auf einem Tiefpunkt von rund 20 Prozent.

Der ehemalige jugoslawische Außenminister Vladislav Jovanović erklärte jüngst gegenüber serbischen Medien, dass die NATO mit dem Angriff auf Jugoslawien "aufgehört hat, eine Verteidigungsorganisation zu sein, und wurde eine aggressive" Organisation. Er ergänzte: "Sie verließ die Zone der Verantwortung und wurde eine aggressive Bedrohung für alle. Das hat sie uns, in Libyen, dem Irak und Afghanistan gezeigt."

Wo immer wichtige Interessen der USA in Frage gestellt werden, werde "die Hand der NATO ausgestreckt, um jene... auch zu beschützen", so Jovanović weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623dccdeb480cc1e49236c64.jpg>

10:45 (8:45) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **In Mariupol wurde die Arbeit der Polizeidienststellen aufgenommen**

In dem von Militanten befreiten Teil der Stadt wurde die Arbeit von vier Dienststellen organisiert. Dies wurde im offiziellen Telegram-Kanal der Volksrepublik Donezk "DNR Online" gemeldet.

Die Unterstützung der Behörden kann unter den folgenden Adressen angefordert werden: *(Es folgt eine Auflistung der Adressen, A.d.U.)*

Wir fügen hinzu, dass in Mariupol mit Unterstützung des russischen Katastrophenschutzministeriums ein humanitärer Stab eingerichtet wurde. Einwohner der befreiten Gebiete können dort Lebensmittel und Grundbedarf kaufen, Geräte aufladen und SIM-Karten des Mobilfunkanbieters Phoenix erwerben und sich für eine einmalige Barzulage anmelden.

Es sei daran erinnert, dass der stellvertretende Sprecher des Föderationsrates Andrej Turtshak, der das Zentrum am Vortag besuchte, versicherte, dass Russland die Stadt wiederherstellen werde.

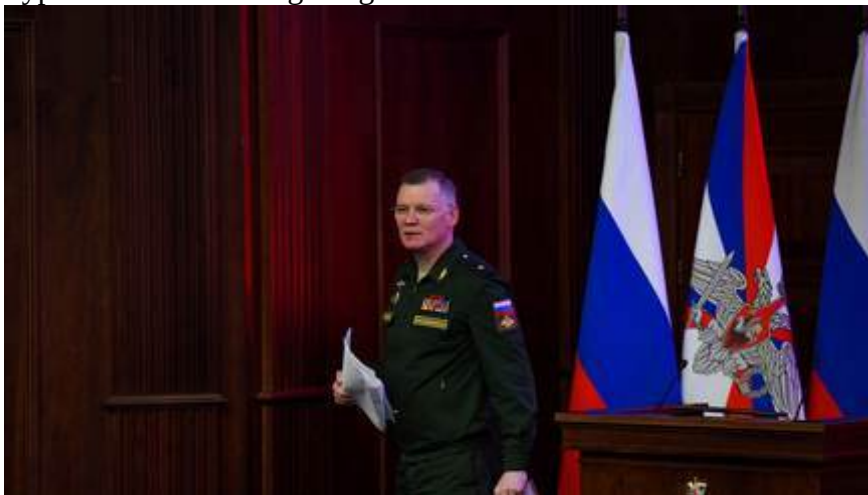


[https://novorosinform.org/content/images/18/87/41887\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/18/87/41887_720x405.jpg)

9:06 de.rt.com: **Russische Armee trifft weitere 117 Militärobjekte in Ukraine**

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem Morgenbriefing in Moskau über den Verlauf der sogenannten militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine berichtet. Ihm zufolge kämpfte der russische Truppenverband nun um die Ortschaften Nowomichailowka und Nowobachmutowka. Am Vortag sei ein Munitions- und Waffenlager in der Ortschaft Welikije Korownizy im ukrainischen Gebiet Schitomir mit Marschflugkörpern des Typs "Kalibr" zerstört worden. Ein weiterer Marschflugkörper des Typs "Onix" habe ein Treibstofflager in der Nähe der Stadt Nikolajew getroffen. Insgesamt habe die russische Luftwaffe 117 Militärobjekte in der Ukraine angegriffen, darunter sechs Kommandopunkte sowie neun Waffen- und Munitionslager.

Ferner gab Konaschenkow bekannt, dass die russische Flugabwehr drei ukrainische Kampfflugzeuge am Himmel über der Ortschaft Wischnjowoje und sechs Drohnen abgeschossen habe. In der Nähe der Ortschaft Wassiljewka sei eine ukrainische Rakete des Typs "Totschka-U" abgefangen worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ec978b480cc25e931a41d.jpg>

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.3.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 220 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 54, darunter 4 Kinder, wurden verletzt**. 12 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug wurden beschädigt. Eine Stromleitung in Gorlowka (Siedlung des Komarow-Bergwerks) wurde beschädigt. **Etwa 3000 Verbraucher haben keinen Strom.**

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 64 ukrainische Besatzer, 21 Feuerstellungen, 2 Panzer, ein Kommandostabsfahrzeug und ein Panzerfahrzeug vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein Abwehrgeschütz SU-30 und zwei Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

**16 Soldaten der 54. mechanisierten und der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

9:35 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk registriert erneut mehr als 700 Evakuierte aus Mariupol**

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk sind in den vergangenen 24 Stunden 738 Menschen aus Mariupol evakuiert worden, 159 davon Kinder. Die Menschen wurden in die Ortschaft Besymjonnoje gebracht. Somit konnten sich im Zeitraum vom 5. bis zum 26. März über diese Fluchtroute insgesamt 6.478 Menschen aus der umkämpften Stadt am Asowschen Meer in Sicherheit bringen.

Die Behörden in Donezk registrierten innerhalb der vergangenen 24 Stunden 18 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf das Territorium der Volksrepublik. Demnach feuerte die ukrainische Seite mindestens 220 Geschosse ab. Bei den Angriffen wurden 77 Zivilisten verletzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ec14cb480cc275858650e.jpg>

11:56 (9:56) sputnik.by: **Das russische Außenministerium antwortete dem polnischen General auf die Ansprüche auf Kaliningrad**

Der Föderationsrat reagierte ebenfalls auf territoriale Ansprüche und schlug vor, dass Warschau sich an die Teilung Polens erinnern sollte, bevor es über den Besitz von Kaliningrad spricht.

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte den Vorschlag des polnischen Generals Waldemar Skrzypczak, „die Frage der Zugehörigkeit des Kaliningrader Gebiets aufzuwerfen“. Einer solche Aussage machte der Ex-Kommandeur der Bodentruppen Vortag.

Die Vertreterin der russischen Diplomatie hat ihre Antwort auf die Tatsache, dass Polen die Frage des Eigentums an Kaliningrad aufwerfen will, in ihrem Telegram-Kanal veröffentlicht. „Wie er sie anhebt (die Frage), wird er sie auch wieder fallen lassen“, schrieb Sacharowa. Auch die Behörden des Kaliningrader Gebiets reagierten auf die Initiative des ehemaligen polnischen Kommandeurs. Sie rieten Skrzypczak, Geschichte zu studieren und zu verstehen, dass "man nicht zurückgeben kann, was Polen nie gehört hat".

Auch der Föderationsrat reagierte auf die Erklärung des polnischen Generals. Die Senatoren rieten Warschau, sich an die Teilung Polens zu erinnern, bevor es Ansprüche auf Kaliningrad erhebt.

„Wenn die polnischen Generäle die Region Kaliningrad ‚annektieren‘ und so weiter, wäre es gut für sie, sich an die Teilungen Polens zu erinnern, es gab fünf von ihnen oder wie viele es waren“, erinnerte sich Senator Andrej Klischas.

#### **Was wollte der General?**

Am Vorabend forderte der Ex-Kommandeur der Bodentruppen Polens Waldemar Skrzypczak, "Kaliningrad an Polen zurückzugeben". Dass Warschau Anspruch auf Kaliningrad erheben könnte, sagte er in der Sendung eines lokalen Fernsehsenders, schreibt RIA Novosti.

„Wir müssen die Frage von Kaliningrad ansprechen, das meiner Meinung nach zum Territorium Polens gehört ... Wir haben das Recht, dieses Territorium zu beanspruchen, das Russland besetzt“, sagte er.

Der General äußerte auch die Meinung, dass die Region Kaliningrad „keine militärische Bedeutung“ habe. Übrigens hatte Skrzypczak bereits ein Jahr zuvor die Region Kaliningrad als "das Tor zur Ostsee und zum polnischen Tiefland" bezeichnet.



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/104490/24/1044902401\\_0:156:3091:1894\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_faa5defa008a16bd457c81bffd83593.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/104490/24/1044902401_0:156:3091:1894_1920x0_80_0_0_faa5defa008a16bd457c81bffd83593.jpg)

12:02 (10:03) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Russisches Militär ist in die Stadt Slawutitsch eingerückt**

Informationen darüber wurden vom Leiter der Verwaltung der Region Kiew Alexander Pawljuk bestätigt.

Gleichzeitig behauptet die Polizeibehörde des Bezirks Kiew, dass das russische Militär den Bürgermeister von Slawutitsch, Juri Fomitschew, festgenommen und das städtische

Krankenhaus „besetzt“ habe, und dass die Bevölkerung gegen die „Besitzer“ auf die Straßen der Stadt gegangen sei.

Laut Experten passt all dies zu den Standards des Schulungshandbuchs mit dem Titel "Was tun, wenn russische Besatzer Ihre Stadt betreten".

Was die Kundgebung betrifft, so erschienen im offiziellen Telegram-Kanal des Stadtrats Aufrufe, trotz der Ausgangssperre zum Stadtplatz zu gehen. Was den mutmaßlich entführten Bürgermeister betrifft, gilt die Praxis solcher Äußerungen für alle Stadtoberhäupter, die mit der russischen Seite über die friedliche Übergabe der Stadt verhandeln.

Slawutitsch ist eine Stadt in der Region Tschernigow in der Nähe von Tschernobyl. Eigentlich war der Zweck ihrer Gründung die Instandhaltung des Kernkraftwerks Tschernobyl vor dem Hintergrund der Beseitigung der Folgen des Unfalls von 1986. Die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung der Stadt ist an der Wartung des Kernkraftwerks Tschernobyl beteiligt.

Seit dem 24. Februar steht die Anlage unter der Kontrolle der russischen Armee.



[https://novorosinform.org/content/images/18/90/41890\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/18/90/41890_720x405.jpg)

#### 10:07 de.rt.com: **US-Telekommunikationsbehörde stuft Software von Kaspersky Lab als Bedrohung für nationale Sicherheit ein**

Das russische Unternehmen Kaspersky Lab ist auf die Entwicklung von Sicherheitssoftware spezialisiert. Seit dem 25. März steht es nun auf der Verbotsliste der US-Telekommunikationsbehörde FCC. Die Behörde sieht in der Software von Kaspersky Lab eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten. Nach Angaben des FCC-Kommissars Brendan Carr soll die Maßnahme helfen, die US-Netzwerke vor Spionage und anderen von staatlich unterstützten russischen Firmen ausgehenden Bedrohungen zu schützen. Der Ukraine-Krieg wird jedoch in der FCC-Mitteilung nicht erwähnt. Die USA hatten Kasperskys Antivirenprodukt bereits im Jahr 2017 aus den staatlichen Netzwerken verbannt. In einer Stellungnahme vom Samstag zeigt sich Kaspersky Lab enttäuscht über die Entscheidung der US-Behörde und sieht dahinter politische Motive:

"Diese Entscheidung fußt nicht auf einer technischen Bewertung unserer Software-Produkte, sondern man hat sie aufgrund von politischen Motiven getroffen."

Der Beschluss der FCC sei grundlos erfolgt und mit der aktuellen geopolitischen Situation verbunden.

Das Unternehmen will seinen Partnern und Kunden demnächst Beweise für die Qualität und die Sicherheit seiner Produkte zukommen lassen. Kaspersky Lab sei bereit, mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten und alle Fragen der FCC und anderer Aufsichtsbehörden zu beantworten. Die Firma erklärte zudem, sie habe keine politischen Verbindungen zu irgendeiner Regierung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ed03e48fbef3f081c8792.jpg>

### 10:11 de.rt.com: **Vermeintliche Einigkeit bei Gipfelmarathon: G7 spricht von Schlupflöchern statt neuer Sanktionen**

Staats- und Regierungschefs der G7 haben bei ihrem Treffen am Donnerstag diesmal keine neuen Sanktionen gegen Russland verhängt, sondern wollen sich auf "Schlupflöcher" konzentrieren. Bisher hatten Sanktionen nicht die erhoffte Wirkung erzielt.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben sich bei ihrer Zusammenkunft am Donnerstag – zwischen einem NATO-Gipfel und einem EU-Gipfel in Brüssel – diesmal nicht auf neue Sanktionen geeinigt. Zwar hieß es bei dem Krisengipfel in Brüssel, dass weitere Sanktionen bei Bedarf folgen würden, die Gruppe sei dazu bereit. Doch vorerst wolle man sich auf eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung bereits bestehender Sanktionen konzentrieren. Bestehende Sanktionen, die seit Wochen in Kraft sind, verfehlten die erhoffte Wirkung wohl, in Brüssel war von Schlupflöchern die Rede.

"Wir haben uns für eine nahtlose Umsetzung der Sanktionen entschieden", erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz.

Obwohl ein Großteil der internationalen Reserven des Landes eingefroren ist, konnte die russische Zentralbank den Rubel nach einem anfänglichen Einbruch stabilisieren, nicht zuletzt dank der hohen Rohstoffpreise und der anhaltenden Nachfrage nach Öl und Gas aus Russland, nicht nur in Europa.

In den Fokus rückten damit die Goldreserven der Zentralbank, die den Rubel stabilisieren. Am Donnerstag wurden neue Sanktionen vereinbart, die Russland Transaktionen mit Gold deutlich erschweren sollen. In einer auf dem G7-Gipfel vereinbarten Erklärung hieß es mit Blick darauf:

"Wir beauftragen die zuständigen Minister, im Rahmen einer gezielten Initiative die vollständige Umsetzung der Sanktionen zu überwachen und die Reaktionen auf Ausweichmanöver zu koordinieren, auch in Bezug auf Goldtransaktionen der russischen Zentralbank." Weiter fordern die G7 andere Staaten auf, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

"Ich habe die G7 heute als eine Einheit wahrgenommen", sagte Scholz, der in diesem Jahr den Vorsitz der G7 führt, nach dem Gipfel. Uneins waren sich die EU-Staats- und Regierungschefs hinsichtlich eines möglichen Importstopps für russische Energie. "Solange wir Energie aus Russland kaufen, finanzieren wir den Krieg", sagte Finnlands Ministerpräsidentin Sanna Marin in Brüssel.

Berlin gehört zu den ausgesprochenen Gegnern strengerer Sanktionen gegen die russische Energiewirtschaft. Rund 40 Prozent des Gases in der EU kommt aus Russland, außerdem 27 Prozent der Ölimporte und 46 Prozent der in die EU importierten Kohle.

Die USA verhängten zudem einseitig neue Strafmaßnahmen gegen Hunderte Abgeordnete des russischen Parlaments und weitere Mitglieder der russischen Elite sowie gegen russische Rüstungsunternehmen.

Auf ihrem Sondergipfel in Brüssel verständigten sich die G7 auf massive Aufrüstung. Beim späteren EU-Gipfel forderten Polen, die baltischen Staaten und Slowenien weitere Sanktionen gegen Russland, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Unter anderem Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn stellten sich dagegen, auch andere Länder bemerkten, dass beispielsweise ein Energieembargo eher ein Bumerang für Europa wäre.

Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident Dmitri Medwedew wurde am Freitag mit den Worten zitiert, es sei "töricht" zu glauben, dass westliche Sanktionen gegen russische Unternehmen irgendeine Wirkung auf Moskau haben könnten.

"Die Sanktionen werden die russische Gesellschaft nur konsolidieren und keine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Behörden hervorrufen", so Medwedew, der auch stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates ist. "Wir sollten uns fragen: Kann einer dieser großen Geschäftsleute auch nur den geringsten Einfluss auf die Position der Führung des Landes haben?" so Medwedew und fügte die Antwort hinzu. "Ich sage Ihnen ganz offen: Nein, auf keinen Fall."

Den von US-Präsident Joe Biden angestrebten Ausschluss Russlands aus der G20-Gruppe der wichtigsten Wirtschaftsnationen hält Kremlsprecher Dmitri Peskow ebenfalls für nicht zielführend.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623de963b480cc50276c91d5.jpg>

### **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 26.03.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **20 Geschosse** mit 122mm-Rohrartillerie auf das Territorium der Republik **abgefeuert**, unter Beschuss gerieten **zwei Ortschaften** der Republik. Infolge von Beschuss auf Perwomajsk wurden neun mehrstöckige Häuser und die Zentralbibliothek beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ entdeckt und vernichtet.**

Die Volksmiliz leistet weiter den Einwohnern der befreiten Territorien der Republik Hilfe. Die Volksmiliz der LVR hat humanitäre Hilfe nach Rubeshnoje gebracht und evakuiert von dort weiter Zivilisten.

10:30 de.rt.com: **Ukraine-Krieg lässt Dünger knapp und teuer werden**

Die Preise für Dünger sind, vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und dessen Folgen für die internationalen Handelsströme, auf ein Rekordhoch gestiegen. Nach Angaben der CRU Group in London, eines auf die globalen Rohstoffmärkte spezialisierten Marktforschungsinstituts, sollen sich seit Anfang 2020 im Gefolge der Energiepreise die Preise für Stickstoffdünger vervierfacht haben. Die Preise für Phosphat und Kali hätten sich zudem mehr als verdreifacht. Russland spielt auf dem Weltmarkt eine wichtige Rolle als Lieferant von Stickstoff, Phosphat und Kali.

Vor allem in den ärmeren Teilen der Welt könnte Dünger in diesem Jahr knapp und für die Bauern zu teuer werden. Wegen der hohen Energiepreise hätten schon im vierten Quartal des vergangenen Jahres viele Düngemittelhersteller die Produktion zeitweise gestoppt, erklärt Shruti Kashyap, Analystin für Stickstoff bei CRU. Der Expertin zufolge sei wegen des Ukraine-Kriegs nun auch der Handel über das Schwarze Meer komplett blockiert. Dort verläuft unter anderem eine Hauptroute für Ammoniak-Exporte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623eb4fab480cc26194d44e4.jpg>

12:46 (10:46) novorosinform.org: **In der Nähe von Kiew ergaben sich Dutzende Soldaten der Streitkräfte der Ukraine – Video veröffentlicht**

Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass die Führung sie ohne Munition und Nahrung zurückließ.

[Videoaufnahmen](#) davon, wie Militärangehörige ihre Waffen niederlegen, wurden vom Stab der Territorialverteidigung der DVR veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Ereignisse in Nikolaewka in der Region Kiew stattfinden - 61 Menschen haben sich dort ergeben. Alle sind Soldaten eines Kommandopostens, wobei mehr als die Hälfte von ihnen hochrangige Offiziere der Streitkräfte der Ukraine sind.

Nach den Gründen für ihre Tat befragt, erklärten sie, dass die Entscheidung, ihre Waffen massenhaft niederzulegen, einem akuten Mangel an Material, Munition und Nahrungsmitteln geschuldet sei, der schon lange bestehe.

Die Soldaten der Streitkräfte der Ukraine wurden aus dem Kampfgebiet evakuiert, medizinisch versorgt und mit Proviant versorgt.



[https://novorosinform.org/content/images/18/93/41893\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/18/93/41893_720x405.jpg)

11:00 de.rt.com: **Polen vermeldet weniger Flüchtlinge aus Ukraine**

Seit einigen Tagen registriert der polnische Grenzschutz weniger Menschen, die täglich auf der Flucht vor dem Krieg die ukrainisch-polnische Grenze passieren. Auf Twitter gibt die Behörde des EU-Landes bekannt, dass am 25. März etwa 30.500 Ukrainer nach Polen eingereist seien. Das seien 6,4 Prozent weniger als am Vortag mit 32.500 Neuankömmlingen. Am Samstag seien bis 7 Uhr MEZ 6.100 Ukrainer nach Polen gekommen – elf Prozent weniger als in derselben Zeitspanne am 25. März.

Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes sind seit dem 24. Februar ungefähr 2,3 Millionen Menschen aus der Ukraine in das EU-Land geflohen, während im selben Zeitraum 322.000 Menschen in die umgekehrte Richtung gereist sind. Nach Schätzungen von Experten der Universität Warschau könnten sich derzeit in Polen zwischen 1,2 und 1,3 Millionen Flüchtlinge aufhalten. Viele dieser Ukrainer reisen weiter in andere EU-Staaten.

**nachmittags:**

12:44 de.rt.com: **Krim-Behörden sprechen von über 24.000 Flüchtlingen aus Ukraine auf Schwarzmeer-Halbinsel seit Kriegsbeginn**

Nach Angaben der Krim-Behörden sind seit dem Beginn der sogenannten militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine mehr als 24.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland auf der Schwarzmeer-Halbinsel eingetroffen. Allein am vergangenen Tag kamen mehr als 2.000 Menschen. Bislang wurden zehn provisorische Aufnahmestellen eingerichtet, in denen Stand 26. März ungefähr 400 Flüchtlinge wohnten – 134 davon Kinder. Insgesamt planen die Behörden 27 Notunterkünfte für Flüchtlinge einzurichten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ef443b480cc164163a866.jpg>

### 13:06 de.rt.com: **Türkische Militärs "neutralisieren" minenähnliches Objekt im Bosphorus**

Das türkische Verteidigungsministerium hat von einem minenähnlichen Objekt im Bosphorus berichtet. Der verdächtige Gegenstand sei am Morgen des 26. März von einem Handelsschiff entdeckt worden. Ein Spezialkommando sei daraufhin an den Ort ausgerückt und habe die mutmaßliche Mine gesichert.

Auf dem von der Nachrichtenagentur Anadolu [veröffentlichten Video](#) sind ein Kutter und ein auf der Oberfläche treibender Gegenstand zu sehen.

Zuvor hat der Föderale Sicherheitsdienst Russlands erklärt, die ukrainische Marine habe nach dem Beginn der sogenannten militärischen Sonderoperation Russlands vor den Häfen Odessa, Otschakow, Tschernomorsk und Juschni rund 420 Seeminen installiert. Der russische Inlandsgeheimdienst schloss nicht aus, dass sich die Minen von ihrem Anker loslösen und weiter in Richtung Bosphorus und Mittelmeer driften könnten. Der Generalstab in Moskau sprach am 25. März von mindestens zehn Seeminen, die aus der Verankerung gerissen seien und nun in den westlichen Teil des Schwarzen Meeres hinein drifteten.

### 13:36 de.rt.com: **Deutschland liefert an Ukraine neben Waffen auch Kraftstoff**

Deutschland hat der Ukraine nach den Worten der Verteidigungsministerin Christine Lambrecht nicht nur Waffen, sondern auch große Mengen Treibstoff geliefert. Dem Redaktionsnetzwerk Deutschland sagte die SPD-Politikerin, den Kraftstoff habe man in Polen gekauft.

"Insgesamt gilt: Wir liefern, und wir liefern konsequent."

Damit wies Lambrecht Vorwürfe zurück, Waffen an die Ukraine schleppend zu liefern. Die Ungeduld der Ukraine könne sie aber nachvollziehen.

Am Freitagabend war bekannt geworden, dass in der Ukraine weitere Waffen aus Deutschland für den Kampf gegen die russischen Truppen eingetroffen sind. Dabei handelte es sich nach Angaben aus ukrainischen Regierungskreisen um 1.500 Luftabwehrraketen vom Typ "Strela" und 100 Maschinengewehre MG3. Hinzu kamen acht Millionen Schuss Munition für Handfeuerwaffen und andere Ausrüstung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f072448fbef265c799dce.jpg>

15:53 (13:53) novorosinform.org: **Die Behörden von Slawutitsch unterzeichneten ein Abkommen mit den russischen Truppen**

Bürgermeister Juri Fomitschew sprach zu den Bürgern und berichtete über die Ergebnisse der Verhandlungen.

Der Bürgermeister von Slawutitsch, Juri Fomitschew, sprach nach kurzen Verhandlungen mit dem russischen Militär, das in die Stadt einmarchiert war, mit den Einheimischen.

Fomitschew versicherte, dass das russische Kommando das Leben der Stadt nicht stören würde, wenn es kein ukrainisches Militär in Fomitschew gäbe. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, die Stadt sicher zu verlassen.

Außerdem versprochen die russischen Truppen, die Versorgung mit humanitärer Hilfe zu organisieren. Die ukrainische Gesetzgebung gelte weiterhin in der Stadt und die derzeitige Verwaltung bleibe bestehen. Angehörige der Streitkräfte und anderer bewaffneter Formationen müssen Maschinengewehre und andere Kleinwaffen abgeben.

Derzeit laufen Verhandlungen über die Personalrotation im Kernkraftwerk Tschernobyl.



[https://novorosinform.org/content/images/19/03/41903\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/03/41903_720x405.jpg)

13:59 de.rt.com: **Was der Kauf von Gas in Rubel für Russland und den Westen bedeutet**

Russlands Präsident Putin reagiert auf die beispiellosen Sanktionen gegen Moskau: Er will Gas nur noch gegen Zahlungen in Rubel liefern. Für die Importeure im Westen wirft das eine ganze Reihe von Problemen auf. Der Rubel legte unmittelbar nach Putins Anweisung zu. Knapp einen Monat nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine hat Kremlchef Wladimir Putin im Westen mit einem Schachzug für neue Unruhe gesorgt. Seine

Ankündigung, für Gaslieferungen aus Russland müssten "unfreundliche Staaten" wie Deutschland und die übrigen EU-Mitglieder in Rubel bezahlen, verschärft Ängste vor einer Krise am Energiemarkt. Hier die wichtigsten Fragen und Antworten.

#### **Warum der Wechsel zum Rubel?**

Die USA und ihre Verbündeten haben beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt, die sich gegen das Finanzsystem des Landes richten. Präsident Putin erklärte, dass die unrechtmäßigen Beschlüsse einiger westlicher Länder, Russlands Vermögenswerte einzufrieren, jegliches Vertrauen in ihre Währungen zerstört haben. Russlands Energieexporte sind bisher noch nicht den westlichen Beschränkungen zum Opfer gefallen, aber fast alle Gasbezugsverträge lauten auf Euro oder US-Dollar, was sie zu einem potenziellen Ziel macht. Wenn Russland jedoch in Rubel bezahlt wird, könnte es die Sanktionen umgehen.

#### **Welche Länder sind davon betroffen?**

Der vorgeschlagene Schritt betrifft sogenannte "unfreundliche Länder", die wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Dazu gehören die USA, Kanada, Australien, Japan, Südkorea und die meisten EU-Staaten.

#### **Was passiert, wenn Käufer sich weigern, in Rubel zu zahlen?**

In diesem Fall könnten sie kein russisches Gas kaufen, da jede andere Währung nicht akzeptiert würde. Dies wäre ein schwerer Schlag für Europa, das mehr als 40 Prozent seiner Gaseinfuhren aus Russland bezieht.

#### **Wie können Rubelzahlungen abgewickelt werden?**

Die russische Zentralbank kann Rubel an die Gaskäufer verkaufen, oder aber sie kaufen die Währung auf dem freien Markt. Nach Ansicht von Analysten könnte es auch sinnvoll sein, dass die Regierungen Rubel in ihren Zentralbanken halten.

#### **Wie wird sich die Änderung auf die Käufer auswirken?**

Erdgas wird für eine Vielzahl von Zwecken verwendet, vom Heizen und Kochen bis hin zur Energieversorgung von Industrieunternehmen. Wenn man weniger Gas aus Russland bezieht, muss man auf dem freien Markt mehr für den Rohstoff bezahlen. Dies führt zu höheren Kosten für Industrie und Haushalte, steigenden Preisen für alle Konsumgüter und einer Rezession.

Was bedeutet das für den Dollar und den Euro?

Die Dominanz des Dollars als globale Reservewährung könnte infrage gestellt werden. Seine Stärke beruht darauf, dass er an den weltweiten Handel mit Öl und anderen Rohstoffen gekoppelt ist. Der Euro steht in geringerem Maße vor einer ähnlichen Herausforderung, aber eine geringere Nachfrage nach der Währung bedeutet eine schwächere Position im globalen Korb der Reservewährungen.

#### **Was bedeutet das für den Rubel?**

Eine größere Rolle des Rubels im internationalen Handel würde die Währung stärken, da sie durch Russlands enorme natürliche Ressourcen gestützt würde. Mit dieser Rückendeckung und aufgrund der gestiegenen Nachfrage könnte der Rubel eines Tages zu einer wichtigen Weltwährung werden. Die Ankündigung der Umstellung auf Rubel hat die Währung auf ein Drei-Wochen-Hoch getrieben.

#### **Wie reagieren deutsche Gashändler auf Putins Schritt?**

Große Unternehmen wollen sich dazu nicht äußern. Aus Kreisen der Energiehandelsbranche hieß es, dass die Anweisung Putins derzeit nicht als problematisch angesehen werde. Es würden weiter Zahlungen geleistet, auch in Rubel. Anders reagiert der österreichische Energiekonzern OMV: Er will seine Zahlungen für russisches Gas vorerst nicht von Euro auf Rubel umstellen.

#### **Was bedeutet Putins Schritt für die Gasversorgung in Deutschland?**

Die Gaslieferungen laufen nach russischen Angaben weiter. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert die Bundesregierung aber auf, die Frühwarnstufe im nationalen Notfallplan Gas auszurufen. "Es liegen konkrete und ernstzunehmende Hinweise

vor, dass wir in eine Verschlechterung der Gasversorgungslage kommen", sagte BDEW-Chefin Kerstin Andreae. Seitens der Bundesnetzagentur müssten Kriterien dafür entwickelt werden, welche Industrien und Sektoren weiter mit Gas versorgt werden, selbst wenn es zu einer Mangellage kommen sollte.

"Die Haushaltskunden sind qua existierender Regelung geschützt."

Das Bundeswirtschaftsministerium sagte, derzeit gebe es keine Engpasslage und daher auch keine Notwendigkeit für eine Frühwarnstufe.

#### **Was sind mögliche weitere Auswirkungen?**

In seiner Ankündigung deutete Putin an, dass Erdgas nur der erste russische Rohstoff ist, der in Rubel verkauft wird. Anfang dieser Woche sagte der russische Staatschef:

"Ich habe beschlossen, in kürzester Zeit eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahlungen für – ja, fangen wir damit an – für unser Erdgas, das an die so genannten unfreundlichen Länder geliefert wird, auf russische Rubel umzustellen."

Seine Wortwahl lässt vermuten, dass andere russische Exportgüter folgen könnten, darunter Öl, Metalle und Getreide. Dies würde den Rubel weiter stärken, und den Dollar und den Euro schwächen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623edc03b480cc46a72829b9.jpg>

16:04 (14:04) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Biden traf sich mit den Ministern Kuleba und Resikow**  
Der US-Präsident führte Konsultationen mit Vertretern Kiews über die aktuellen Ereignisse in der Ukraine.

Der Chef des Weißen Hauses, Joe Biden, schloss sich den Verhandlungen zwischen den Außen- und Verteidigungsministern der Vereinigten Staaten und der Ukraine an, berichtet RIA Nowosti.

Aus Washington nahmen Außenminister Anthony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin teil, aus Kiew Dmitri Kuleba und Alexej Resnikow.

Der Präsident saß an einem langen weißen Tisch zwischen Außenminister Blinken und Verteidigungsminister Austin gegenüber dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba und dem ukrainischen Verteidigungsminister Alexej Resnikow.

Joe Biden ist derzeit auf einer Europareise, die am Vortag, dem 25. März, in Polen begann



[https://novorosinform.org/content/images/19/04/41904\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/04/41904_720x405.jpg)

16:16 (14:16) novorosinform.org: **Westliche Medien sahen Fakten über Kriegsverbrechen der Streitkräfte der Ukraine in Gorlowka und Donezk**

Vertretern der westlichen Presse wurde die Schule in Gorlowka gezeigt, in der zwei Lehrer starben, sowie der Einschlagsort einer "Totschka-U" in Donezk.

Die Journalisten besuchten den Ort des Terroranschlags in Donezk, bei dem am 14. März mehr als zwei Dutzend Zivilisten getötet wurden. Sie besuchten auch die 50. Schule in der Stadt Gorlowka, wo am 25. Februar zwei Lehrer starben und ein dritter verletzt wurde. Laut der Vertreterin des Bildungsministeriums der Stadt, Maria Poluban, gebe es in Gorlowka keine einzige Bildungseinrichtung mehr, die von der ukrainischen Aggression nicht betroffen wäre.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Journalisten während der Preetour auch andere Siedlungen besuchen werden, in denen es Spuren von Kriegsverbrechen der Streitkräfte der Ukraine gibt. Während der Reise wird ihre Sicherheit von Donezk und russischen Soldaten gewährleistet. Insgesamt nehmen rund 50 Korrespondenten aus 20 Ländern an der Pressereise teil.



[https://novorosinform.org/content/images/19/05/41905\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/05/41905_720x405.jpg)

14:30 de.rt.com: **Ukraine bietet Speicher für europäische Gasreserve an**

Die Ukraine hat ihre Erdgasspeicher zur Einlagerung einer strategischen europäischen Energiereserve angeboten. Der ukrainische Energieminister German Galuschtschenko schrieb am Samstag auf Facebook, sein Land habe die größten unterirdischen Speicheranlagen in

Europa.

"Trotz der umfassenden militärischen Aggression Russlands ist die Ukraine weiterhin ein starker und zuverlässiger Partner Europas in Sachen Energiesicherheit."

Der Minister begrüßte das Vorhaben der EU, sich von russischen Gaslieferungen zu lösen und gemeinsam bei anderen Anbietern zu kaufen. Die Ukraine könne mit ihren Speichern zu diesem Solidaritäts- und Ausgleichsmechanismus beitragen, erklärte Galuschtschenko.

Auf den gemeinsamen Einkauf im Kampf gegen hohe Energiepreise hatte sich ein EU-Gipfeltreffen am Donnerstag geeinigt. Die USA und andere Staaten wollen mehr Flüssiggas (LNG) liefern. Die Ukraine ruft die europäischen Staaten dazu auf, Energielieferungen aus Russland sofort zu boykottieren. Für die Ukraine war der Gastransit aus Russland bislang eine wichtige Einnahmequelle. Für den Eigenbedarf an Gas wird die Ukraine seit einiger Zeit von der EU aus beliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f0451b480cc143a6db77c.jpg>

16:31 (14:31) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Das Kommando der Streitkräfte der Ukraine verlässt Mariupol und lässt seine Kämpfer zurück**

Das Militär Russlands und der DVR verzeichnet weiterhin Fälle von Fluchtversuchen des ukrainischen Militärs unter dem Deckmantel von Zivilisten.

In Mariupol wurde ein Fall der Flucht des Kommandos des 503. Marinebataillons der Streitkräfte der Ukraine bekannt, berichtet [RIA Novosti](https://ria.ru).

Ein stellvertretender Bataillonskommandeur versuchte in Arbeitskleidung die Stadt zu verlassen, wobei er vom Militär festgenommen wurde. Er sagte, dass die verbleibenden Kämpfer der Einheit in Gruppen aufgeteilt wurden und versuchten, die umzingelte Stadt zu verlassen.

„Der Rest meiner Einheit ist vor etwa zwei Tagen abgereist, ich weiß nicht, wo sie sind. Wir sind in kleinen Gruppen abgereist“, sagte er.

Der Offizier erklärte, dass er in den letzten Tagen im Bereich des Hafens von Mariupol gekämpft hätte.



[https://novorosinform.org/content/images/19/06/41906\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/06/41906_720x405.jpg)

16:48 (14:48) novorosinform.org: **Katar verneinte die Möglichkeit, russisches Gas in der EU zu ersetzen**

Die Behörden des Landes im Nahen Osten dementierten die Aussagen europäischer Politiker über die Möglichkeit, Kohlenwasserstoffe aus Russland zu ersetzen.

Derzeit ist es nicht möglich, die Lieferungen von russischem Gas nach Europa durch Katar zu ersetzen. Diese Meinung wurde während einer internationalen Konferenz in Doha vom Staatsminister für Energie von Katar, Saad bin Sharid al-Kaabi, geäußert.

„Niemand kann Russlands Platz bei der Energieversorgung einnehmen“, sagte er.

Beachten Sie, dass Russland etwa 30-40 % des Gases an die Europäische Union liefert.

Europäische Beamte begannen nach der Verhängung von Sanktionen gegen Russland vor dem Hintergrund des Beginns einer Sonderoperation in der Ukraine, Ideen über die Möglichkeit zu äußern, russisches Gas zu ersetzen, das durch eine Reihe von Pipelines geliefert wird, von denen eine durch die Ukraine führt.



[https://novorosinform.org/content/images/19/08/41908\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/08/41908_720x405.jpg)

14:50 de.rt.com: **Moskauer Börse lässt Handel mit allen russischen Aktien wieder zu**

Gut einen Monat nach Beginn des Ukraine-Krieges erlaubt die Moskauer Börse ab kommenden Montag wieder den Handel mit Aktien aller russischen Unternehmen. Zuletzt waren nur Papiere von 33 Unternehmen für den Wertpapierhandel zugelassen. Für Montag ist ein verkürzter Handelstag von 9:50 bis 13:50 Uhr Moskauer Zeit (8.50 bis 12.50 Uhr MESZ) angesetzt, teilte die russische Zentralbank in Moskau am Samstag mit. Leerverkäufe seien weiter verboten, hieß es.

Die Börse war nach dem Kriegsbeginn am 24. Februar über Wochen geschlossen worden und hatte am vergangenen Donnerstag den eingeschränkten Handel wieder aufgenommen. Viele Papiere legten seitdem einen starken Kurssprung hin. Dadurch konnten die Unternehmen einen Teil ihrer Verluste wiedergutmachen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623f150fb480cc15a6791a15.jpg>

#### 15:37 de.rt.com: **Britische Medienberichte: Hunter Biden beteiligte sich an ukrainischen Biolaboren**

Laut der britischen Zeitung "Daily Mail" werden Behauptungen, die bisher als russische Propaganda abgetan wurden, durch die E-Mail-Korrespondenz von US-Präsident Joe Bidens Sohn Hunter bestätigt. Dessen verschwundener Laptop sei wieder aufgetaucht.

Der verschwundene Laptop von Hunter Biden ist offenbar wieder aufgetaucht. Berichten zufolge enthält er E-Mails, die die Behauptungen des russischen Militärs zu untermauern scheinen, dass der Sohn des US-Präsidenten an der Finanzierung militärischer Forschung an gefährlichen Krankheitserregern in Biolabors in der Ukraine beteiligt war.

Biden jr. half demnach bei der Finanzierung von Metabiota, einem Auftragnehmer des Pentagon, der auf die Erforschung pandemieauslösender Erreger spezialisiert ist, die als Biowaffen eingesetzt werden könnten. Dies berichtete die britische Zeitung Daily Mail am Freitag unter Berufung auf neu erhaltene E-Mails und Briefe aus dem Laptop. Der Sohn von Präsident Joe Biden und seine Partner in einer Firma namens Rosemont Seneca sollen ebenfalls 500.000 US-Dollar in den Auftragnehmer investiert haben.

Mindestens eines der Dokumente deutete darauf hin, dass das Interesse von Metabiota an der Ukraine über Forschung und Geldverdienen hinausging. Eine leitende Angestellte des Unternehmens, Mary Guttieri, soll in einem Memo an Biden jr. vom April 2014 davon gesprochen haben, "wie wir unser Team, unsere Netzwerke und unsere Konzepte potenziell nutzen können, um die kulturelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine von Russland und ihre weitere Integration in die westliche Gesellschaft durchzusetzen".

Aus einem anderen Memo gehe hervor, dass Biden jr. ein "wissenschaftliches Projekt" vorgeschlagen habe, an dem Metabiota und Burisma beteiligt gewesen sein sollen. Der Sohn des US-Präsidenten war als Vorstandsmitglied eines ukrainischen Erdgasunternehmens tätig gewesen und hatte in dieser Zeit Millionen verdient. Sein Gehalt wurde jedoch um die Hälfte gekürzt, nachdem die Amtszeit seines Vaters als damaliger US-Vizepräsident im Januar 2017 geendet hatte.

**New York Times bestätigt Echtheit des Laptops**

Die Enthüllungen erfolgen einen Tag, nachdem russische Militärs behauptet hatten, dass US-Behörden und hochrangige Demokraten, darunter Biden jr., an der Unterstützung der Biowaffenforschung in der Ukraine beteiligt gewesen sein sollen. Die Beamten beriefen sich auf Dokumente, die von russischen Soldaten in der Ukraine beschlagnahmt worden waren. Einige westliche Medien taten die Behauptungen dennoch als russische Propaganda ab, die den Einmarsch Moskaus in die Ukraine rechtfertigen sollte. So titelte beispielsweise das Newsportal Daily Beast: "Russland treibt den Wahnsinn voran", während die staatlich finanzierte Newsseite NPR und andere Medien die Anschuldigungen als "falsch" oder "Propaganda" bezeichneten, ohne die Fakten zu prüfen. Sogar die britische Daily Mail hatte zunächst erklärt, dass Russland seine "wilde Propagandakampagne" mit seinen Biowaffen-Behauptungen ausgeweitet habe. Doch das war, bevor die Zeitungen die Biden-E-Mails erhielt.

Die Reaktion erinnerte an die im Oktober 2020, als die New York Post einen Bericht veröffentlicht hatte, in dem der Familie Biden Einflussnahme im Ausland vorgeworfen worden war. Dabei berief sich die Zeitung auf E-Mails, die von einem Laptop stammten, den Biden jr. in einer Reparaturwerkstatt in Delaware zurückgelassen haben soll. Die Verbreitung des Berichts wurde in den sozialen Medien jedoch blockiert. Andere Medien suggerierten, dass der "Skandal" das Ergebnis einer russischen Desinformationskampagne sei.

Der ursprüngliche Laptop-Scoop der New York Post war nur wenige Wochen vor Bidens Wahl zum US-Präsidenten im Wesentlichen zerschlagen worden. Erst letzte Woche gab die New York Times jedoch zu, dass der Laptop und sein Inhalt echt gewesen waren.

Aus Regierungsunterlagen gehe hervor, dass Metabiota vom Pentagon einen Auftrag in Höhe von 18,4 Millionen US-Dollar erhalten habe, so die Daily Mail. Aus den E-Mails gehe zudem hervor, dass Biden jr. behauptet haben soll, dem Auftragnehmer dabei zu helfen, "neue Kunden zu gewinnen", darunter auch Regierungsbehörden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f09db48fbef2667649b14.jpg>

17:55 (15:55) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Amerikanische Analysten sagen den Abzug der ukrainischen Truppen von Ost nach West voraus**

Das ukrainische Kommando sei nicht in der Lage, die Verteidigungslinie im Donbass und im Osten des Landes zu halten.

Das amerikanische Analysezentrum The New Lines Institute for Strategy and Policy hat seine Annahmen darüber veröffentlicht, wie das Operationsgebiet in der Ukraine in naher Zukunft aussehen wird. Laut Analysten werde das ukrainische Kommando gezwungen sein, seine Truppen von Ost nach West zu verlegen und nach und nach Städte aufzugeben, berichtet der Telegram-Kanal der Nachrichtenagentur „[Steklomoj](#)“.

„Da der Vormarsch der russischen Armee den Rücken der ukrainischen Streitkräfte in den von Separatisten gehaltenen Gebieten des Donbass bedroht, werden die ukrainischen Streitkräfte

gezwungen sein, sich auf sekundäre Verteidigungspositionen zurückzuziehen.“, heißt es in dem Bericht.

Gleichzeitig wird betont, dass jeder derartige Rückzug mit schweren Verlusten seitens der Streitkräfte der Ukraine einhergehen werde, die letztendlich zum Zusammenbruch der ukrainischen Armee am linken Ufer des Dnjepr führen könnten.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Czr36eXqanbguiuES66Qg0WWvvvI8CvkzpmHRR7fvSD796y2WoW8o3mVZrqlCmmlaGw0U6kWIUujh7oX86Ht4sJvEfb5G5kuZuOChZO2gJ0Z0eSBAscTGX1TKfj702\\_-3L7khEqOsnYHEtIhtbQMgpALTUNoyiT6N5s2pEtyVqE5-ER1H\\_SawRds\\_g\\_OX3B5IyOLB\\_VBtVx2UAf6Bphfx0N2gr3MTK2eiy4w19t0NEdjrAfoFzBhT0qRKBVjC1KZmtQqafxGOSfxubg\\_BY0vcui8\\_fZ3Vbu7iFHfH9VhD5VBIpeeY\\_p25BwbxpxHi5TZ0hdj2lm4srKTSsvSBnA.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Czr36eXqanbguiuES66Qg0WWvvvI8CvkzpmHRR7fvSD796y2WoW8o3mVZrqlCmmlaGw0U6kWIUujh7oX86Ht4sJvEfb5G5kuZuOChZO2gJ0Z0eSBAscTGX1TKfj702_-3L7khEqOsnYHEtIhtbQMgpALTUNoyiT6N5s2pEtyVqE5-ER1H_SawRds_g_OX3B5IyOLB_VBtVx2UAf6Bphfx0N2gr3MTK2eiy4w19t0NEdjrAfoFzBhT0qRKBVjC1KZmtQqafxGOSfxubg_BY0vcui8_fZ3Vbu7iFHfH9VhD5VBIpeeY_p25BwbxpxHi5TZ0hdj2lm4srKTSsvSBnA.jpg)

18:07 (16:07) novorosinform.org: **Einwohner von Lwow melden mächtige Explosionen**

Nach vorläufigen Angaben griffen russische Raketen eine weitere Treibstoff- und Schmiermittelbasis an.

Die Versorgungseinrichtungen der Streitkräfte der Ukraine in der Region Lwow wurden von russischen Raketen getroffen. Dies meldeten lokale Telegram-Kanäle unter Berufung auf Augenzeugenberichte.

„In Lwow wurde ein Öldepot (oder ein Treibstofflager) getroffen, es gab zwei Explosionen“, wird [berichtet](#).

Die Stadtverwaltung unter der Leitung von Bürgermeister Andrej Sadow forderte die Bürger auf, Ruhe zu bewahren und keine Fotos oder Videos von den Folgen der Explosionen zu veröffentlichen.



[https://novorosinform.org/content/images/19/12/41912\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/12/41912_720x405.jpg)

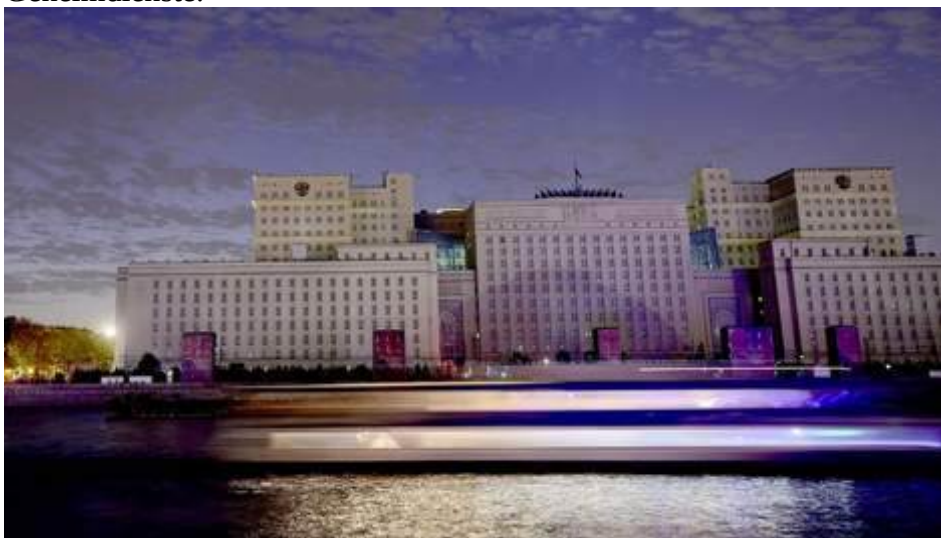
### 17:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Keine Masseneinberufungen von Reservisten zu militärischen Rekrutierungsbüros**

Wie die russische Nachrichtenagentur Interfax heute meldete, beruft das russische Militär keine Reservisten zu den Melde- und Rekrutierungsbüros ein. Diesbezügliche Telefonanrufe seien eine Provokation der ukrainischen Geheimdienste, betonte Generalmajor Igor Konaschenkow, der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums:

"Wir erklären offiziell, dass das russische Verteidigungsministerium keine Aufrufe an die Militärkommissariate für Bürger in Reserve macht und auch nicht plant, dies zu tun."

Darüber hinaus sagte Konaschenkow gegenüber Reportern:

"In den letzten Tagen haben viele männliche russische Bürger gefälschte Telefonanrufe erhalten, bei denen ihnen eine Stimme auf dem Anrufbeantworter mitteilte, dass sie zu einem Militärkommissariat vorgeladen werden. Alle diese gefälschten Anrufe kommen vom ukrainischen Hoheitsgebiet aus, sind völlig unwahr und eine Provokation der ukrainischen Geheimdienste."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f397148fbef2751061b9e.jpg>

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Pawlopol eine Basisstation für den Mobilfunk montiert.

In Wolnowacha wird ein Faseroptikkabel montiert, um die Telekommunikationsausrüstung anzuschließen.

Die Arbeiten zur Reparatur der Faseroptikmagistrale, die Mariupol und Berdjansk verbindet, wurden begonnen. In Woldarskoje, Jalta und Ursuf wurden die Verbraucher mit Beschränkungen an das Internet angeschlossen.

In Wolnowacha und Wolodarskoje werden Fernsehinfrastrukturobjekte wiederaufgebaut, um die Fernsehausstrahlung in Betrieb zu nehmen.

**Renten- und Sozialzahlungen** erhielten Einwohner in Tschermalyk, Kamenka, Donskoje, Kalinino und Bugas. Insgesamt haben vom 7. bis 25. März mehr als 3000 Menschen Zahlungen erhalten.

**Spezialisten des Gesundheitsministeriums** der DVR haben in den befreiten Ortschaften 251 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe geleistet, zwei weitere Gesundheitseinrichtungen wurden mit den notwendigen Medikamenten versorgt:

**Spezialisten des Verkehrsministeriums** der DVR führen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an der Straße in Starolaspa durch. Es wurden acht zusätzliche Busse zur Evakuierung der Bevölkerung aus den befreiten Territorien der Republik in sichere Gebiete bereit gestellt.

**Spezialisten der Donezker Eisenbahn** führen Wiederaufbauarbeiten in den Produktionseinrichtungen der Lokomotivenabteilung von Wolnowacha durch. Es wurden 219 Eisenbahnwaggons untersucht, 100 Meter Eisenbahngleis gewartet. Es wurden fünf Weichenübergänge in Betrieb genommen.

In Chlebodarowka wurden an der Eisenbahnstation die Zufahrt zur Schottergrube wiederhergestellt. Das Eisenbahngleichs von Karan nach Kaltschik wurde repariert. Eine Stromleitung an der Strecke von Karan nach Wolnowacha wurde repariert.

**Spezialisten des Zivilschutzministeriums** der DVR haben in Mangusch, Wolnowacha, Wolodarskoje, Kominternowo und Granitnoje 7,5 Hektar Gelände, 7240 Quadratmeter Gebäude untersucht. 367 explosive Objekte wurden entschärft. In Mariupol und Mangusch wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Polnischer Regierungschef: Polen strebt keine Verteilung von Ukraine-Flüchtlingen an**

Polen beabsichtigt nach Angaben von Regierungschef Mateusz Morawiecki nicht, die aus der Ukraine aufgenommenen Flüchtlinge auf andere Länder zu verteilen. Am Rande des Besuchs von US-Präsident Joe Biden in Warschau erklärte er:

"Wir werden uns nicht um eine Verteilung bemühen. Wenn jemand bei uns bleiben will, dann kann er bleiben, wenn jemand weiterreisen will, reist er weiter."

Polen verhandle derzeit mit den Staats- und Regierungschefs anderer Länder darüber, wie diese Polen dabei unterstützen könnten, den Ukrainern zu helfen, sagte Morawiecki. Biden hatte sich in Begleitung Morawieckis und des Warschauer Oberbürgermeisters Rafał Trzaskowski einen Registrierungspunkt für Ukraine-Flüchtlinge im Warschauer Nationalstadion angesehen. Die USA erwägen, 100.000 Flüchtlinge aufzunehmen.

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat Polens Grenzschutz 2,27 Millionen Flüchtlinge gezählt, die aus dem Nachbarland eingereist sind. Es gibt derzeit keine offiziellen Angaben dazu, wie viele von ihnen in Polen geblieben und wie viele bereits in andere EU-Staaten weitergereist sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623f3f26b480cc170770a2c2.jpg>

**abends:**

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 26.3.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner **mehr als 300 Artillerie- und Mörsergeschosse** mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 21 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Seit Beginn der militärischen Spezialoperation** zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine wurden von der Truppengruppierung der Donezker Volksrepublik gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation **132 Ortschaften unserer Republik von ukrainischen Nationalisten befreit**.

Derzeit finden Kämpfe um Marjinka, Nowomichajlowka und Nowobachmutowka statt. Die Maßnahmen zur Säuberung von Werchnetorezkoje gehen weiter.

**In Mariupol wurde die Gruppierung der ukrainischen Nationalisten aus den Wohngebieten herausgedrängt und auf dem Gebiet des Werks „Asowstahl“ blockiert.**

Ein Teil der ukrainischen Kämpfer hat die Waffen weggeworfen und sich umgekleidet, verstecken sich in Wohnhäusern unter dem Anschein von örtlichen Einwohnern, da sie die Unausweichlichkeit der Bestrafung für die Verbrechen, die sie gegen die Bevölkerung von Mariupol begangen haben, erkannt haben. **Ein Teil der Nationalisten versucht, die Stadt durch die humanitären Korridore zu verlassen**, aber wachsame Soldaten und Mitarbeiter anderer militärischer Behörden entdecken die Kämpfer.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 34 ukrainische Nationalisten, 7 Feuerpunkte, zwei Schützenpanzerwagen und einen Schützenpanzer vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Panzer und zwei Lastwagen wurden eingenommen.

**Fünf Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und sieben Soldaten der 25.**

**Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, es wird keine Hilfe geben, Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Wir empfehlen nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

**Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 387 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen.**

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die Verluste des Gegners die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 163 Tote und 208 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 178 Tote und 195 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 184 Tote und 217 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 272 Tote und 276 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 344 Tote und 357 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern **starben in den letzten 24 Stunden 6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **22 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:27 novorosinform.org: **Deutschland verbietet das Symbol „Z“**

Die Behörden von Bayern und Niedersachsen halten es für inakzeptabel, den lateinischen Buchstaben als Zeichen der Unterstützung für die russische Armee zu verwenden.

Die Regierungen der deutschen Untertanen Bayern und Niedersachsen haben Verbote der Verwendung des "Z"-Zeichens erlassen, das als Unterstützung für die russische Militär-Sonderoperation in der Ukraine verwendet wird, berichtet der Fernsehsender ARD.

Das niedersächsische Innenministerium teilt mit, dass die Polizei bereits damit begonnen habe, Weisungen mit entsprechenden Auflagen einzuholen.

Ein ähnlicher Befehl ging bei den bayerischen Sicherheitskräften ein. Bayerns Justizminister Georg Eisenreich sagte, man habe bereits mit Maßnahmen gegen Personen begonnen, die sich öffentlich für die Entscheidung Russlands ausgesprochen hätten.



[https://novorosinform.org/content/images/19/13/41913\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/19/13/41913_720x405.jpg)

19:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Aserbaidsschanische Streitkräfte starten Drohnenangriffe auf russische Karabach-Truppen**

Einer TASS-Meldung zufolge drangen aserbaidsschanische Streitkräfte in die Verantwortungszone des russischen Friedensstruppen auf dem Gebiet von Bergkarabach ein. Eine Drohne des Typs "Bayraktar TB-2" habe vier Angriffe auf Einheiten der bewaffneten Verbände von Bergkarabach in der Nähe der Siedlung Furuch durchgeführt.

"Am 24. und 25. März drangen die Streitkräfte der Republik Aserbaidsschan unter Verstoß gegen die Bestimmungen der trilateralen Erklärung der Staats- und Regierungschefs Russlands, Aserbaidsschans und Armeniens vom 9. November 2020 in die Verantwortungszone des russischen Friedenskontingents auf dem Gebiet von Bergkarabach ein und errichteten einen Beobachtungsposten. Ein unbemanntes Luftfahrzeug des Typs Bayraktar TB2 hat vier Angriffe auf Einheiten der bewaffneten Verbände Berg-Karabachs im Gebiet der Siedlung Furuch durchgeführt", heißt es in einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums, aus der TASS zitiert. Das Kommando des russischen Friedenskontingents in Bergkarabach ergreife "Maßnahmen", um die zugespitzte Situation zu lösen, so die russische Militärbehörde in einem Bulletin vom Samstag:

"Das Kommando des russischen Friedenskontingents ergreift derzeit Maßnahmen, um die Situation zu klären und die Truppen an ihren ursprünglichen Standort zurückzubringen. Die aserbaidsschanische Seite wurde aufgefordert, die Truppen zurückzuziehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f5920b480cc77d62678e4.jpg>

19:41 de.rt.com: **Biden nennt Putin einen "Schlächter" – Kreml reagiert mit Befremden**

In Warschau sicherte US-Präsident Biden Polen die Bündnistreue der NATO zu. Er traf Flüchtlinge aus der Ukraine und äußerte sich abschätzig über den russischen Präsidenten. Kremlsprecher Peskow verwies in seiner Antwort auf Bidens Rolle im NATO-Krieg gegen Jugoslawien.

US-Präsident Joe Biden hat während seines Besuchs in Warschau Polen angesichts des Krieges in der Ukraine die Bündnistreue der NATO zugesichert, berichtet die dpa. "Wir betrachten Artikel 5 als eine heilige Verpflichtung, und darauf können Sie sich verlassen", erklärte Biden am Samstag bei einem Treffen mit Polens Präsident Andrzej Duda in Warschau. Er gehe davon aus, dass Russlands Präsident Wladimir Putin "damit gerechnet hat, die NATO spalten zu können, die Ostflanke vom Westen trennen zu können", behauptete Biden weiter.

Vor seinem Treffen mit Duda hatte sich Biden auch mit dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba und Verteidigungsminister Alexei Resnikow beraten. Diese hatten sich in Warschau mit ihren jeweiligen US-Amtskollegen getroffen – Biden nahm etwa 40 Minuten an dem Treffen teil. Eine Teilnahme Bidens an Gesprächen auf Ministerebene ist ungewöhnlich – und ließ darauf schließen, dass die US-Administration damit ihre Verbundenheit mit der Ukraine demonstrieren wollte.

Biden besuchte am Samstagnachmittag das Warschauer Nationalstadion, um sich einen Eindruck vom Hilfseinsatz für Geflüchtete zu verschaffen und selbst mit Ukrainern zu sprechen. Der US-Präsident meinte, er habe dort "wundervolle Menschen" getroffen. Darunter seien auch zwei Flüchtlinge aus der umkämpften südostukrainischen Hafenstadt Mariupol gewesen.

Als ihn ein Journalist daraufhin fragte, was er angesichts des Schicksals der Flüchtlinge von Putin halte, sagte Biden:

"Er ist ein Schlächter, das denke ich auch."

Der Präsident benutzte im englischen Original das Wort "butcher", was auch mit "Metzger" oder "Schlachter" übersetzt werden kann. Biden hatte Putin bereits als "Kriegsverbrecher" und zuvor als "Killer" bezeichnet.

### **Kühle Reaktion aus Moskau**

Der russische Präidentensprecher Dmitri Peskow ist der Ansicht, dass die persönlichen Beleidigungen Bidens gegen Putin das Zeitfenster für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington immer kleiner werden lassen.

"Dennoch sollte ein Staatsoberhaupt seine Nüchternheit bewahren", kommentierte der Kremlsprecher im Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS diese weitere Aussage des US-Präsidenten. Peskow hob hervor:

"Und natürlich verkleinern solche persönlichen Beleidigungen jedes Mal das Fenster der Möglichkeiten für unsere bilateralen Beziehungen unter der gegenwärtigen (US-)Regierung. Dessen sollte man sich bewusst sein."

Peskow zeigte sich gegenüber TASS überrascht, dass die Anschuldigungen gegen Putin aus dem Mund von Biden kommen, der zur Bombardierung Jugoslawiens aufgerufen hatte.

"Schließlich ist dies der Mann, der einst in einer Fernsehansprache in seinem eigenen Land forderte, Jugoslawien zu bombardieren. Es war Jugoslawien, das bombardiert wurde. Er hat gefordert, Menschen zu töten. [...] So etwas aus seinem Mund zu hören, ist natürlich gelinde gesagt seltsam."

Am 21. März wurde der Botschafter der Vereinigten Staaten in Russland, John Sullivan, ins russische Außenministerium einbestellt, wo er eine Demarche wegen Bidens inakzeptabler Äußerungen über den russischen Präsidenten erhielt. Am 17. März hatte Biden seinen russischen Amtskollegen persönlich angegriffen und ihn als "blutrünstigen Diktator und reinen Schurken, der einen unmoralischen Krieg gegen das ukrainische Volk führt" beschimpft. Einen Tag zuvor hatte der US-Präsident auf eine entsprechende Frage eines Journalisten geantwortet, er halte Putin für einen "Kriegsverbrecher". Wie Peskow damals

TASS erklärte, sind diese Äußerungen Bidens inakzeptable und unentschuldbare Rhetorik.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f522048fbef2667649b4a.jpg>

20:00 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Nationalisten sind im Werk "Asowstal" eingeschlossen**

Wie Interfax meldet, haben Kräfte der Volksrepublik Donezk (DVR) am Samstag ukrainische Nationalisten im Industriegebiet von Mariupol belagert, wie der Sprecher der Volksmiliz, Eduard Basurin, erklärt habe.

"In Mariupol wurde eine Gruppe ukrainischer Nationalisten aus den Wohngebieten vertrieben und in der Asowstal-Anlage blockiert", sagte Basurin Reportern.

Zuvor hatte, wie es hieß, das "Hauptquartier für territoriale Verteidigung der DVR" mitgeteilt, dass seit Samstagnachmittag 183 Menschen, darunter 50 Kinder, aus Mariupol evakuiert worden seien. Basurin teilte zudem mit, dass in den vergangenen 24 Stunden sechs DVR-Soldaten bei Militäraktionen im Donbass getötet und 22 verwundet worden seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f5ecc48fbef26da1ee57f.jpg>